

Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

Kinderrechte im Parlament – Vorschau auf die Wintersession 2018

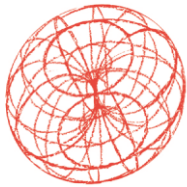
Im **Nationalrat** werden in dieser Session verschiedene kinderrechtlich relevante Vorstösse behandelt. Besonders zu erwähnen ist die [Parlamentarische Initiative von Lisa Mazzone](#), die eine Änderung des Ausländergesetzes fordert, damit die Inhaftierung von Minderjährigen aufgrund ihres Aufenthaltsstatus verboten wird. Ebenfalls zum Thema Migration fordert die [staatspolitische Kommission des Nationalrats](#) in ihrem Postulat vom Bundesrat eine Aktualisierung des Berichts von 2016 «Syrische Flüchtlinge. Verstärkte europäische Zusammenarbeit». Kinderrechtlich relevant ist die Frage, wie besonders Schutzbedürftige (Minderjährige oder Frauen mit Kindern) besser unterstützt und vor Gefahren geschützt werden können. Schliesslich entscheidet der Nationalrat über eine Fristverlängerung der [parlamentarischen Initiative von Fabio Abate](#), die ein höheres Strafmass für sexuelle Handlungen mit Kindern fordert.

National- und Ständerat befassen sich weiter mit je zwei gleichlautenden Vorstössen zum Uno-Migrationspakt: In beiden Räten wird eine gleichlautende Motion der jeweiligen staatspolitischen Kommission behandelt, die fordert, dass der Bundesrat den Uno-Migrationspakt vorerst nicht unterzeichnet, sondern dem Parlament den Antrag auf Zustimmung in Form eines Bundesbeschlusses unterbreitet ([Motion SPK-NR und Motion SPK-SR](#)). Der Uno-Migrationspakt ist insgesamt sehr relevant für die Sicherung der Kinderrechte, weil sich die Staaten damit spezifisch für die Unterstützung und den Schutz von Migrantenkindern verpflichten. Eine Nicht-Unterzeichnung des Migrationspaktes wäre deshalb eine verpasste Möglichkeit, die Kinderrechte in der Schweiz zu stärken. Für die Schweiz würde eine Unterzeichnung des Paktes aus kinderrechtlicher Sicht vor allem Handlungsbedarf in Sachen administrativhaft für Minderjährige aufgrund ihrer Aufenthaltsstatus ergeben. Beide Räte behandeln zudem eine Motion, die einen gänzlichen Verzicht der Unterschrift zum Migrationspakt fordert ([Motion Germann](#) im Ständerat und [Motion Aeschi](#) im Nationalrat).

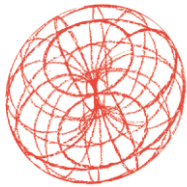
Nach dem Nationalrat wird sich der **Ständerat** mit der Erweiterung des Artikels «Rassendiskriminierung» im Strafgesetzbuch befassen. Die Gesetzesänderung beruht auf der parlamentarischen Initiative von Mathias Reynard «[Kampf gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung](#)» und will, dass neben Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung auch die Diskriminierung wegen der Geschlechtsidentität unter Strafe gestellt wird. Der Nationalrat stimmte der Vorlage bereits während der Herbstsession zu. Weiter wird sich der Ständerat mit dem Postulat «[Überprüfung des Abstammungsrechts](#)» befassen. Die staatspolitische Kommission des Ständerates fordert damit vom Bundesrat, den Reformbedarf im Abstammungsrechts zu prüfen und allenfalls entsprechende Massnahmen dem Parlament zu unterbreiten. Zudem behandelt der Ständerat die Differenzen zum Nationalrat in der [Reform der Ergänzungsleistungen](#). Das Geschäft betrifft die Kinderrechte vor allem in Bezug auf Kinderarmut, weil die Ansätze für Kinder bis 11 Jahre gesenkt werden sollen. Schliesslich will Liliane Maury Pasquier vom Bundesrat in einer Interpellation wissen, wie dieser die Massnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen des UN-Kinderrechtsausschusses umsetzen gedenkt und wie er dabei die Vertretung der Zivilbevölkerung sowie die Kinder als direkt betroffene einbeziehen will.

Die Sessionsprogramme und Tagesordnungen der eidgenössischen Räte können noch Änderungen erfahren und sind unter folgenden Links abrufbar:

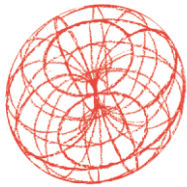
[Nationalrat](#) | [Ständerat](#)



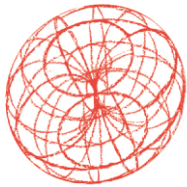
| Datum | Nationalrat | Ständerat |
|------------|--|--|
| 27.11.2018 | <p><u>18.041</u> (Geschäft des Bundesrats): Voranschlag 2019 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2020-2022. Für 2019 wird ein Überschuss von 1,3 Milliarden budgetiert. Die erfreuliche Haushaltslage ist auf die hohen Einnahmen der Verrechnungssteuer, aber auch auf die Minderausgaben wegen der vom Volk abgelehnten Reformen zurückzuführen (USR III, Altersvorsorge 2020). Im Jahr 2020 ergibt sich ein Defizit aufgrund der Vorlage zur Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF gemäss Ständerat). Daher bleibt der Handlungsspielraum begrenzt; weitere Reformen und Mehrbelastungen müssen priorisiert werden. Der Voranschlag 2019 beinhaltet auch die Planungszahlen für den Kredit Kinderschutz / Kinderrechte und den Kredit Familienorganisationen. Für beide Kredite wird eine leichte Erhöhung gegenüber 2018 vorgeschlagen (zur Berücksichtigung der Teuerung). Zudem beinhaltet der Voranschlag auch das Budget zur Umsetzung der Verlängerung des Impulsprogramms des Bundes für die familienergänzende Kinderbetreuung (Fortsetzung der Debatte am 28. und 29.11, danach Beratung der Differenzen zum Ständerat und allenfalls Beratung der Vorschläge aus der Einigungskommission).</p> | <p><u>16.065</u> (Geschäft des Bundesrats): ELG. Änderung (EL-Reform). Bei der Reform der Ergänzungsleistungen (EL) gibt es nach wie vor grosse Differenzen zwischen Stände- und Nationalrat. Die Kinderrechte betrifft das Geschäft, weil die Ansätze für Kinder bis 11 Jahre gesenkt werden sollen. Heute hätten Familien mit EL teilweise mehr Geld als erwerbstätige Familien. Im Gegensatz dazu will der Nationalrat die Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung stärker berücksichtigen. Der Ständerat wird nun über einen Kompromissvorschlag seiner Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit beschliessen, der sich stärker an den realen Lebenskosten von Familien orientiert.</p> <p><u>18.3772</u> (Motion Wicki): Lernfahrausweis erst ab dem 18. Altersjahr. Die Motion beauftragt den Bundesrat, eine Bestimmung ins Strassenverkehrsgesetz aufzunehmen, welche die Erteilung des Lernfahrausweises für Motorfahrzeuge, bei denen nach geltendem Recht das Führen ab 18 Jahren erlaubt ist, erst ab dem Erreichen des 18. Altersjahres ermöglicht. Der Ständerat befasst sich als Erstrat mit dieser Motion.</p> |



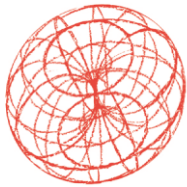
| Datum | Nationalrat | Ständerat |
|------------|---|---|
| | | <p><u>18.4082</u> (Interpellation Maury Pasquier): Massnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen des UN-Kinderrechtsausschusses vom 4. Februar 2015.</p> <p>Die Interpellantin hält fest, dass es seit der Ratifizierung der Kinderrechtskonvention durch die Schweiz 1997 zu grossen Verzögerungen in der Berichterstattung gegenüber dem UN-Kinderrechtsausschuss gekommen ist. Trotz mehrfacher Empfehlung zur Erarbeitung einer nationalen Strategie zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention in der Schweiz blieb auch diese bisher aus. Um der bruchstückhaften Implementation der Konvention Abhilfe zu leisten, muss die koordinierte Umsetzung der Empfehlungen des UN-Ausschusses priorisiert werden. In diesem Zusammenhang möchte die Interpellantin vom Bundesrat Antworten zu den folgenden Fragen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Welcher Zeitrahmen ist für die Umsetzung der erarbeiteten Massnahmen vorgesehen und wird dieser dem Berichterstattungsrythmus gerecht? 2. Welche Vorkehrungen trifft der Bund, um die notwendige Vertretung der Zivilgesellschaft im Rahmen der Umsetzung der Massnahmen zu garantieren? 3. Inwiefern wird die Beteiligung von Kindern als direkt Betroffene der Kinderrechtskonvention abgesichert, um dem Artikel 12 derselben gerecht zu werden? |
| 28.11.2018 | <p>Fortsetzung der Debatte (Details siehe oben): <u>18.041</u> (Geschäft des Bundesrats): Voranschlag 2019 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2020-2022.</p> | <p><u>13.407</u> (Parlamentarische Initiative Reynard): Kampf gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung.</p> <p>Änderung des Strafgesetzbuches (Art 261bis): Erweiterung des Artikels „Rassendiskriminierung“ um die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung. 2015 hat sich der Nationalrat dafür ausgesprochen, die Antirassismus-Strafnorm entsprechend zu erweitern. Der Nationalrat hiess in der Herbstsession mit 118 zu 60 Stimmen bei 5 Enthaltungen einen Gesetzesentwurf gut, zu dem Mathias Reynard 2013 mit einer parlamentarischen Initiative Anstoss gegeben hatte. Der Ständerat behandelt die Differenzen zum Nationalrat.</p> |



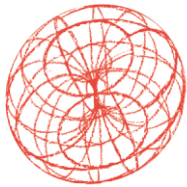
| Datum | Nationalrat | Ständerat |
|------------|---|--|
| 29.11.2018 | <p>18.041 (Geschäft des Bundesrats): Voranschlag 2019 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2020-2022. Fortsetzung der Debatte (Details siehe oben).</p> <p>Behandlung der parlamentarischen Initiativen der 1. Phase (Fortsetzung an den folgenden Daten: 6. /12. /13. Dezember)</p> <p>17.486 (Parlamentarische Initiative Mazzone): Kindwohl respektieren, Administrativhaft von Minderjährigen stoppen. Die Initiative verlangt, dass das Ausländergesetz dahingehend geändert wird, dass die Administrativhaft für minderjährige Migrantinnen und Migranten verboten wird. Aktuell lässt das Gesetz die Haft für 15- bis 18-Jährige während eines Zeitraums von maximal 12 Monaten zu. Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats beantragt mit 14 zu 9 Stimmen keine Folge zu geben. Der Nationalrat behandelt das Geschäft als Erstrat.</p> | <p>18.3935 (Motion Germann): Uno-Migrationspakt. Keine Unterzeichnung durch die Schweiz. Mit der Motion wird der Bundesrat aufgefordert, mit Verweis auf Artikel 121a Absatz 4 BV, auf eine Unterzeichnung des Uno-Migrationspaktes durch die Schweiz abschliessend zu verzichten und die Führungsrolle der Schweiz im weiteren Prozess aufzugeben. Der Uno-Migrationspakt ist insgesamt sehr relevant für die Sicherung der Kinderrechte, weil sich die Staaten damit spezifisch für die Unterstützung und den Schutz von Migrantenkindern verpflichten. Eine Nicht-Unterzeichnung des Migrationspaktes wäre deshalb eine verpasste Möglichkeit, die Kinderrechte in der Schweiz zu stärken. Für die Schweiz würde eine Unterzeichnung des Pakts aus kinderrechtlicher Sicht vor allem Handlungsbedarf in Sachen administrativhaft für Minderjährige aufgrund derer Aufenthaltsstatus ergeben. Im Nationalrat wird die Motion 18.3838 Aeschi mit demselben Inhalt behandelt werden.</p> <p>18.4103 (Motion SPK-SR): Uno-Migrationspakt. Zustimmungsgescheid der Bundesversammlung unterbreiten. Die Motion beauftragt den Bundesrat, dem Uno-Migrationspakt am 10./11. Dezember 2018 in Marokko vorerst nicht zuzustimmen und dem Parlament den Antrag auf Zustimmung in Form eines Bundesbeschlusses zu unterbreiten. Der Uno-Migrationspakt ist insgesamt sehr relevant für die Sicherung der Kinderrechte, weil sich die Staaten damit spezifisch für die Unterstützung und den Schutz von Migrantenkindern verpflichten. Eine Nicht-Unterzeichnung des Migrationspaktes wäre deshalb eine verpasste Möglichkeit, die Kinderrechte in der Schweiz zu stärken. Für die Schweiz würde eine Unterzeichnung des Pakts aus kinderrechtlicher Sicht vor allem Handlungsbedarf in Sachen administrativhaft für Minderjährige aufgrund derer Aufenthaltsstatus ergeben. Im Nationalrat wird die Motion 18.4093 der SPK-NR mit demselben Inhalt behandelt werden.</p> |



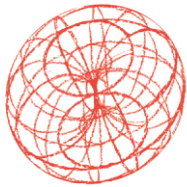
| Datum | Nationalrat | Ständerat |
|------------|--|---|
| 03.12.2018 | <p>17.3004 (Postulat SPK-N): Syrische Flüchtlinge. Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats beauftragt den Bundesrat den Bericht vom 30. Juni 2016 «Syrische Flüchtlinge. Verstärkte europäische Zusammenarbeit» in einer aktualisierten Form vorzulegen. Insbesondere soll der Bericht Auskunft zu den folgenden Punkten geben:</p> <ul style="list-style-type: none">- Zahlen der Aufnahmen von syrischen Flüchtlingen durch sämtliche europäische Länder- Ein Konzept zu einer direkten, schnellen und unkomplizierten Hilfe vor Ort- einen aktualisierten Bericht vorzulegen, einen konkreten Vorschlag für Massnahmen zur Eindämmung bzw. Abweisung von Wirtschaftsflüchtlingen;- Möglichkeit der Durchsetzung des Dubliner Abkommens;- Möglichkeiten, wie syrische Flüchtlinge unter Anerkennung ihrer Ausbildung besser beruflich oder ins Ausbildungssystem (Studium) integriert werden können;- die Fluchtgründe und die Möglichkeit der Schweiz, einen Beitrag zu ihrer Bekämpfung zu leisten;- die Waffenexporte aus der Schweiz, ihren allfälligen Widerspruch zur Aussenpolitik und ihren allfälligen Beitrag zur Entstehung problematischer Situationen;- den Beitrag der Schweiz zur Bekämpfung des Schleppertums;- die Unterstützung von besonders Schutzbedürftigen, namentlich Minderjährigen, alleinstehenden Frauen oder Frauen mit Kindern, die besonderen Gefahren ausgesetzt sind;- die Möglichkeit der Öffnung von legalen und sicheren Fluchtwegen, damit Menschen auf der Flucht weniger Gefahren ausgesetzt sind. <p>Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulats. Der Nationalrat befasst sich als Erstrat mit der Vorlage.</p> | <p>18.041 (Geschäft des Bundesrats): Voranschlag 2019 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2020-2022. Für 2019 wird ein Überschuss von 1,3 Milliarden budgetiert. Die erfreuliche Haushaltslage ist auf die hohen Einnahmen der Verrechnungssteuer, aber auch auf die Minderausgaben wegen der vom Volk abgelehnten Reformen zurückzuführen (USR III, Altersvorsorge 2020). Im Jahr 2020 ergibt sich ein Defizit aufgrund der Vorlage zur Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF gemäss Ständerat). Daher bleibt der Handlungsspielraum begrenzt; weitere Reformen und Mehrbelastungen müssen priorisiert werden. Der Voranschlag 2019 beinhaltet auch die Planungszahlen für den Kredit Kinderschutz / Kinderrechte und den Kredit Familienorganisationen. Für beide Kredite wird eine leichte Erhöhung gegenüber 2018 vorgeschlagen (zur Berücksichtigung der Teuerung). Zudem beinhaltet der Voranschlag auch das Budget zur Umsetzung der Verlängerung des Impulsprogramms des Bundes für die familienergänzende Kinderbetreuung. Das Geschäft wird während dieser Session auch vom Nationalrat behandelt.</p> |



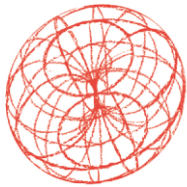
| Datum | Nationalrat | Ständerat |
|------------|--|---|
| 03.12.2018 | <p>13.407 (Parlamentarische Initiative Reynard): Kampf gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung (Differenzbereinigung, falls nötig). Änderung des Strafgesetzbuches (Art 261bis): Erweiterung des Artikels „Rassendiskriminierung“ um die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung. 2015 hat sich der Nationalrat dafür ausgesprochen, die Antirassismus-Strafnorm entsprechend zu erweitern. Der Nationalrat hiess in der Herbstsession mit 118 zu 60 Stimmen bei 5 Enthaltungen einen Gesetzesentwurf gut, zu dem Mathias Reynard 2013 mit einer parlamentarischen Initiative Anstoss gegeben hatte.</p> | |
| 4.12.2018 | - | <p>16.403 (Parlamentarische Initiative Müller): Familiennachzug. Gleiche Regelung für Schutzbedürftige wie für vorläufig Aufgenommene. Die Initiative verlangt, die rechtlichen Grundlagen so zu ändern, dass der Familiennachzug von Schutzbedürftigen gemäss Artikel 4 des Asylgesetzes (AsylG) gleich geregelt wird wie bei vorläufig aufgenommenen Personen. Die Staatspolitische Kommission beider Räte geben der Initiative Folge. Der Ständerat beschliesst über eine Fristverlängerung bis zur Wintersession 2020.</p> |
| 6.12.2018 | <p>18.4093 (Motion SPK-NR): Uno Migrationspakt. Zustimmungsgentscheid der Bundesversammlung unterbreiten. Die Motion beauftragt den Bundesrat, dem Uno-Migrationspakt am 10./11. Dezember 2018 in Marokko vorerst nicht zuzustimmen und dem Parlament den Antrag auf Zustimmung in Form eines Bundesbeschlusses zu unterbreiten. Der Uno-Migrationspakt ist insgesamt sehr relevant für die Sicherung der Kinderrechte, weil sich die Staaten damit spezifisch für die Unterstützung und den Schutz von Migrantenkindern verpflichten. Eine Nicht-Unterzeichnung des Migrationspaktes wäre deshalb eine verpasste Möglichkeit, die Kinderrechte in der Schweiz zu stärken. Im Ständerat wird die Motion 18.4103 der SPK-SR mit demselben Inhalt behandelt werden.</p> | |



| Datum | Nationalrat | Ständerat |
|------------|---|---|
| 6.12.2018 | <p>18.3838 (Motion Aeschi): Uno-Migrationspakt. Keine Unterzeichnung durch die Schweiz. Der Bundesrat wird mit Verweis auf Artikel 121a Absatz 4 BV aufgefordert, auf eine Unterzeichnung des Uno-Migrationspaktes durch die Schweiz abschliessend zu verzichten und die Führungsrolle der Schweiz im weiteren Prozess aufzugeben. Der Uno-Migrationspakt ist insgesamt sehr relevant für die Sicherung der Kinderrechte, weil sich die Staaten damit spezifisch für die Unterstützung und den Schutz von Migrantenkindern verpflichten. Eine Nicht-Unterzeichnung des Migrationspaktes wäre deshalb eine verpasste Möglichkeit, die Kinderrechte in der Schweiz zu stärken. Für die Schweiz würde eine Unterzeichnung des Paktes aus kinderrechtlicher Sicht vor allem Handlungsbedarf in Sachen administrativhaft für Minderjährige aufgrund derer Aufenthaltsstatus ergeben. Im Nationalrat wird die Motion 18.3935 Germanni mit demselben Inhalt behandelt werden.</p> <p>18.041 (Geschäft des Bundesrats): Voranschlag 2019 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2020-2022. Fortsetzung der Debatte (Details siehe 27.11.2018).</p> <p>Fortsetzung der Behandlung der parlamentarischen Initiativen der 1. Phase (Details vgl. 29.11.2018)</p> | |
| 10.12.2018 | - | <p>18.041 (Geschäft des Bundesrats): Voranschlag 2019 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2020-2022. Fortsetzung der Debatte und Differenzen zum Nationalrat (Details siehe 03.12.2018).</p> |



| Datum | Nationalrat | Ständerat |
|------------|---|--|
| 11.12.2018 | 18.041 (Geschäft des Bundesrats): Voranschlag 2019 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2020-2022. Fortsetzung der Debatte und Behandlung der Differenzen zum Nationalrat (Details siehe 27.11.2018). | - |
| 12.12.2018 | Fortsetzung der Behandlung der parlamentarischen Initiativen der 1. Phase (Details vgl. 29.11.2018) | 18.041 (Geschäft des Bundesrats): Voranschlag 2019 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2020-2022. Fortsetzung der Debatte und Differenzen zum Nationalrat (Details siehe 03.12.2018). 18.3714 (Postulat RK-SR): Überprüfung des Abstammungsrechts. Der Bundesrat wird beauftragt, den Reformbedarf im Abstammungsrecht zu prüfen und dem Parlament in einem Bericht gegebenenfalls entsprechende Empfehlungen zu unterbreiten. Insbesondere ist zu prüfen, ob das geltende Abstammungsrecht den heutigen Lebensrealitäten noch gerecht wird. Das Abstammungsrecht regelt, wer Vater und Mutter eines Kindes ist, in wessen Verantwortung das Kind aufwächst, wessen Namen und Bürgerrechte das Kind erhält. Ebenfalls an das Abstammungsrecht knüpfen zudem die Unterhaltsberechtigung aber auch die Unterstützungspflicht sowie das Erb- und Pflichtteilsrecht. Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulats. Der Ständerat behandelt das Geschäft als Erstrat. |
| 13.12.2018 | 18.041 (Geschäft des Bundesrats): Voranschlag 2019 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2020-2022. Ev. Behandlung der Anträge der Einigungskonferenz (Details siehe 27.11.2018). Fortsetzung der Behandlung der parlamentarischen Initiativen der 1. Phase (Details vgl. 29.11.2018) | 18.041 (Geschäft des Bundesrats): Voranschlag 2019 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2020-2022. Ev. Behandlung der Anträge der Einigungskonferenz (Details siehe 03.12.2018). |



| Datum | Nationalrat | Ständerat |
|------------|---|-----------|
| 14.12.2018 | <p>03.424 (Parlamentarische Initiative Abate): Sexuelle Handlungen mit Kindern. Erhöhung des Strafmasses gemäss Artikel 187 StGB.</p> <p>Die Vorlage beantragt, dass Artikel 187 Ziffer 1 des Strafgesetzbuches geändert wird und eine Person, die mit einem Kind unter 16 Jahren eine sexuelle Handlung vornimmt, es zu einer solchen Handlung verleitet oder es in eine sexuelle Handlung einbezieht, künftig mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft wird. Der Nationalrat hat der Initiative bereits Folge gegeben, nun entscheidet er über eine Fristverlängerung bis zur Wintersession 2020.</p> | |
| 14.12.2018 | Schlussabstimmungen. | |